

---

# Internationale Verantwortung und Interessenwahrnehmung\*

Marianne Kneuer

## *1. Einführung*

In einem Band, der das christliche Menschenbild der CDU beleuchtet, darf die Analyse der Außenpolitik nicht fehlen. Nicht minder deutlich als etwa im gesellschaftspolitischen und im wirtschaftspolitischen Bereich hat sich auf dem außenpolitischen Feld ein Kernbestand christlich-demokratischer Leitideen und Handlungsmuster herausgebildet. Die Aufgabe des Beitrags besteht gleichwohl nicht darin, die Außenpolitik der CDU nachzuvollziehen; das könnte in diesem Rahmen nicht geleistet werden und bedürfte eines umfassenden Werkes, an dem es im Übrigen mangelt. Freilich gibt es eine Vielzahl an Studien zu den einzelnen christlich-demokratischen Kanzlern oder anderen Spitzenpolitikern der Partei, eine Gesamtbetrachtung allerdings fehlt derweil noch. Ziel dieses Beitrages ist es vielmehr, das christlich-demokratische Menschenbild im außenpolitischen Denken und Handeln der CDU herauszuarbeiten.

Internationale Verantwortung und Interessenwahrnehmung – dieser Titel spiegelt die beiden Pole wider, unter die gemeinhin Motivlagen und Einschätzungen, strategische Ausrichtungen und das faktische außenpolitische Handeln subsumiert werden. In der Außenpolitikforschung werden grob gesprochen Ideen und Werte einerseits oder Macht und Interessen andererseits als zentrale Antriebsmomente außenpolitischen Handelns angenommen. Solche sparsamen Dichotomien haben den Vorteil, die großen Linien deutlich wiederzugeben, und den Nachteil, Nuancie-

rungen, Akzentuierungen oder auch Dynamiken außenpolitischen Handelns nur schwerlich erfassen zu können. Das übergeordnete Erkenntnisinteresse dieses Beitrages richtet sich somit auf die Frage, von welchem Pol – Verantwortung oder Interessen – christlich-demokratische Außenpolitik angetrieben wurde und wird bzw. ob sich solch eine klare Zuschreibung überhaupt treffen lässt. Daraus ergeben sich zwei zentrale Leitfragen: Worauf geht der Kernbestand außenpolitischer Leitideen und Handlungsmuster zurück, und hat er sich – wenn ja: wie – im Laufe der letzten gut sechzig Jahre weiter entwickelt?

Für die Zeitperiode des Kalten Krieges haben zahlreiche Studien belegen können, dass die von neorealistischen Theorieansätzen angenommene Autonomieausweitung für Deutschland kaum und wenn, dann nur ansatzweise, nachzuweisen ist. Konstruktivistische Erklärungen, die auf ideelle Faktoren wie Werte und Überzeugungen abstellen, erwiesen sich als weiterführend.<sup>1</sup> Dieser Befund stellt sich für die Periode nach der Wiedervereinigung zwar anders dar, dennoch bieten weder neorealistische bzw. rationalistische, noch konstruktivistische Ansätze alleinige Erklärungskraft.<sup>2</sup> Die Fragestellung nach dem christlichen Menschenbild in der CDU-Außenpolitik weist auf ideelle und normative Faktoren als Grundlage für außenpolitische Interessenformulierung hin und lädt daher zu einer konstruktivistischen Erklärung ein. Die vorliegende Analyse bezieht jedoch auch „realpolitische“ Faktoren mit ein.

Als Faktoren für Fortbestand bzw. Weiterentwicklung christlich-demokratischen Kernbestands in der Außenpolitik werden drei Faktoren angenommen: Erstens, das *persönliche Denkgebäude* des Regierungschefs, das auf den Kernbestand weitgehend unverändert zurückgreift oder diesen mit eigenen Akzenten versieht; zweitens, das *internationale Umfeld*, das durch veränderte Konstellationen oder neu auftauchende Zwänge Einfluss ausübt und so zur Anpassung des Kernbestands führt; drittens, sind auch *Koalitionspart-*

*ner als mögliche Einflusskräfte* – vor allem der Modifizierung des konkreten außenpolitischen Handelns denkbar. Da die meisten Kanzlerschaften in Koalitionen vorlagen bzw. vorliegen, stellt sich die Frage, ob und inwieweit ein Einfluss des Koalitionspartners auf die Formulierung außenpolitischer Ziele und deren tatsächliche Ausführung vorliegt. In diesem Zusammenhang ist besonders interessant zu beobachten, ob und wie erkennbar christlich-demokratische Leitlinien in der Außenpolitik einer Großen Koalition bleiben, ob sie sich eher schärfen oder zurücktreten.

Betrachtet werden im Folgenden die christlich-demokratischen Regierungen bzw. Regierungschefs: Konrad Adenauer (1949–1963), Ludwig Erhard (1963–1966) sowie die Regierungen Kohl (1982–1998) und Merkel, die hier unterschieden wird in Merkel I (2005–2009) in der Konstellation als Große Koalition und Merkel II (seit 2009) in einer kleinen Koalition mit der FDP.

## *2. Die Basis wird gelegt: Konrad Adenauer und Ludwig Erhard*

Es ist naheliegend, die Antwort auf die Frage nach der Basis des Kernbestands außenpolitischer Leitideen und Handlungsmuster in der ersten, zumal CDU-geführten Kanzlerschaft zu suchen. Der Nachweis dessen, dass Konrad Adenauer bis heute prägende außenpolitische Leitideen formte, muss im Detail nicht erbracht werden.<sup>3</sup> Die Westbindung, die europäische Integration, die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft, die enge Anbindung an die USA, die Wiedergutmachungspolitik gegenüber Israel sind nicht nur Fundament christlich-demokratischer Außenpolitik, sondern *raisons d'Etat* der Bundesrepublik. Auf Grund der Tatsache, dass die CDU weder auf programmatische und somit homogene parteiliche Traditionslinien noch auf das politische Vermächtnis bedeutender Persönlichkeiten der Partei

zurückgreifen konnte, kommt der Grundlegung durch den ersten Kanzler und den ersten Parteivorsitzenden Konrad Adenauer ein besonderes Gewicht zu.

Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren, darauf weist Schwarz hin, sah Adenauer einen Primat der Außenpolitik.<sup>4</sup> Auch die Tatsache, dass er als Bundeskanzler alle außenpolitischen Fragen in seinem Entscheidungskreis hielt und seit der Einrichtung eines Auswärtigen Dienstes auch bis 1955 das Amt des Außenministers übernahm, unterstreicht dies. In Bezug auf das persönliche Denkgebäude bewegte sich Adenauer auf christlichen Grundsätzen, ohne dass sein Ansatz dabei philosophisch oder theoretisch profund reflektiert war.<sup>5</sup> Seine politischen Grundüberzeugungen waren vielmehr die „komprimierten und von tagespolitischer Schlacke gereinigten Erfahrungen, die er aus dem Blickwinkel seiner weltanschaulichen Bindungen im Laufe seines Lebens gewonnen hatte“.<sup>6</sup> Die Pfeiler dieser politischen Grundüberzeugungen waren erstens, der starke Anti-Totalitarismus und damit verbunden das Eintreten für demokratische Prinzipien sowie Freiheit; zweitens das christlich-abendländische Europa und die Idee eines europäischen Bündnisses; und drittens das Eintreten für Frieden. In Adenauers außenpolitischem Konzept fanden sich diese Ideen wiederum verknüpft: Deutschlands Zukunft sah er in einem europäischen Bündnis, das auf den Werten des christlichen Abendlandes basieren sollte, auf Demokratie und friedliche Kooperation ausgerichtet und abgegrenzt gegenüber der totalitären Sowjetunion.

In Bezug auf den ersten Aspekt sind seine programmatischen Aussagen in der Nachkriegszeit und während der innerparteilichen Suche nach einem Parteiprogramm beachtenswert. So hält Adenauer bei der Entwicklung eines Parteiprogramms als Ausgangsidee in Bezug auf den Staats- und Gesellschaftsaufbau fest: „Die Grundsätze christlicher Ethik und Kultur, wahrer Demokratie, müssen das staatliche Leben tragen und erfüllen. An der Würde und den un-

veräußerlichen Rechten der Person findet die Macht des Staates ihre Grenzen.<sup>7</sup> Damit ergab sich eine Kongruenz seines personal-individualistischen Staats- und Gesellschaftsverständnisses einerseits und der demokratischen Herrschaftsform andererseits. Mit anderen Worten: Nur in einer Demokratie ließ sich nach Adenauer die Würde des Einzelnen, die für ihn im Zentrum stand, entfalten und schützen. Sowohl Staat als auch Gesellschaft werden bei Adenauer vom Einzelnen aus bewertet. Dabei spielten dessen Würde und dessen Freiheit die zentrale Rolle. Das für die innere und außenpolitische Gestaltung des Staates richtunggebende Ziel der Freiheit hat für Adenauer eine klar christliche Basis: Er selbst zeigte die Verbindung zwischen transzendentem Sinnhorizont und politischer Freiheit in seiner Rede auf dem 77. Deutschen Katholikentag an dem Paulus-Satz „Wo der Geist des Herren ist, ist Freiheit“ und stellt sie dem atheistischen Materialismus und der „Vergottung des Staates“ gegenüber.<sup>8</sup>

Diese fundamentalen Elemente seines Menschenbildes, verbunden mit der Erfahrung des Nationalsozialismus, erzeugten in Adenauer eine tiefe anti-totalitäre Haltung, die auch Eingang in sein außenpolitisches Denken fand. Demzufolge bestand sein Ziel in der festen Verankerung Deutschlands in der westlichen, demokratischen Wertegemeinschaft, die für freiheitliche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stand, und in der der gleichzeitig von ihm sehr deutlich und oft genug artikulierten Abgrenzung gegen „den Osten“, gegen die kommunistische Sowjetunion, der er mit größtem Argwohn begegnete. „Ich glaube weiter“, so Adenauer 1945, „daß (!) lediglich dadurch ein starker Widerstand gegen die Staatsform und die Ideenwelt des Ostens – Rußland – und ein gedankenmäßiger und kultureller und damit auch ein außenpolitischer Anschluß an West-Europa gesichert werden kann.“<sup>9</sup> Hier wird deutlich, dass sein Menschenbild nicht nur die Vorstellungen über den künftigen deutschen Staat und dessen innere Gestalt formt,

sondern sich auch in den außenpolitischen Konzeptionen spiegelt.

Das gilt ganz besonders für Adenauers Europapolitik, die aussagekräftig den Aspekt internationaler Verantwortung und Interessen verdeutlicht. Das christliche Abendland bildete die Folie für Adenauers Denken. Europa, so arbeitet Weidenfeld überzeugend heraus, stellte für Adenauer keinen kontextfreien, bloß geographischen Begriff dar, sondern besaß eine geistig-politische, Wert gefüllte Dimension. Zwar blieb Adenauers Europabegriff eher unscharf, gleichwohl bildete die Freiheit den „Kern des Wertarsenals, das Adenauer mit der Perspektive ‚Europa‘“ verband.<sup>10</sup> Des Weiteren umfasste sein Europabegriff vier Aspektbereiche: westliche Kultur, die politische Funktion des Christlichen, das Demokratieverständnis sowie das Spannungsfeld zwischen Integration und Nation.<sup>11</sup>

Adenauers Idee der organischen Verflechtung und sein überzeugtes und unablässiges Eintreten für ein europäisches supranationales Gebilde war von einer bemerkenswerten Innovationskraft. Dieses europapolitische Konzept wurde ebenso wie der multilaterale und „innovativ-kooperative“<sup>12</sup> Ansatz bei der Umsetzung zum wesentlichen Bestandteil des Kanons christlich-demokratischer Außenpolitik. Mehrere Aspekte spielten hierbei eine Rolle: so die anti-preußische – oder positiv gefasst: rheinisch-weltoffene – Grundhaltung Adenauers, die sich gegen den preußischen Zentralismus, gegen übersteigerten Nationalismus und Militarismus richtete.<sup>13</sup> Damit entsprach eine Einbindung Deutschlands in europäische Strukturen einerseits dem Interesse, das Land so als gleichberechtigten Partner wieder auf die internationale Bühne zurückzuführen und andererseits der Verantwortung, durch diese Einbindung Deutschland selbst und seine Nachbarn vor möglichen erneuten nationalistischen Alleingängen zu schützen. Die Idee eines europäischen Zusammenschlusses fungierte somit gleichzeitig als Versicherung der Nachbarn, Deutsch-

land durch Einbindung in europäische Strukturen auch „kontrollieren“ zu können.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Adenauer sich nicht von „situationsbezogenen taktischen Überlegungen leiten“ ließ, sondern es verstand, „seine Ideen von der langfristig zu erwartenden und wünschenswerten Entwicklung auch in längerfristig angelegte Strategien umzusetzen.“<sup>14</sup> Seine außenpolitischen Linien standen fest – schließlich war es nicht zuletzt die von ihm als sehr negativ bewertete Schaukelpolitik der Weimarer Republik, der er eine feste Integration in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft und Berechenbarkeit entgegensezten wollte. Innerhalb dieser klaren und unverrückbaren Zielsetzungen zeigte er sich – wie Schwarz oft formuliert – elastisch, insofern er die externen Konstellationen und Entwicklungen einbezog und sich in der Umsetzung seiner Ziele an den politischen Realitäten orientierte. Die auf Europa bezogene Formulierung Weidenfelds von einem „Geflecht aus wertgebundener Grundsubstanz und aktuellem politischen Kalkül“<sup>15</sup> lässt sich insofern auch auf andere Felder der Außenpolitik anwenden. Adenauers Ziele entsprangen einem klaren und einfachen Gedankengebäude, zwar ohne jede theoretische Überhöhung und profunde Durchdringung, aber auf der christlich-abendländischen Wertebasis, mit einer festen Verwurzelung in einem anti-totalitären und freiheitlichen Konzept, das nationalistisches und militaristisches Denken grundlegend ablehnte. Die Methoden zur Erreichung dieser Ziele sind auf europäischer Ebene vor allem mit „positiver Interessenverklammerung“ und „konstruktiver Gemeinschaftsbildung“ erfasst<sup>16</sup>; darüber hinaus agierte er auf der Grundlage einer multilateralen, von Verständigung geleiteten Politik und als „Makler der Interessen“<sup>17</sup> in Bezug auf die Alliierten, gegenüber der Sowjetunion indes eher defensiv.

Ludwig Erhard, der bekanntlich einen stärker theoretischen Denkansatz aufwies, fügte ein wichtiges Element zu diesen Grundelementen hinzu, nämlich die auch in seinem

Konzept der Sozialen Marktwirtschaft enthaltenen Prinzipien von Subsidiarität und Solidarität (Subsidiarität hatte Adenauer im Übrigen nicht so explizit benutzt; er sprach von Föderalismus und von dem „föderativem Europa“)<sup>18</sup>. Dem zu Grunde liegt die Leitidee, dass Freiheit an Verantwortung gekoppelt sein muss, das heißt nach Erhard, dass der Wert individueller Entfaltung einher zu gehen hat mit Bürgersinn und einem Blick auf das Gruppeninteresse.<sup>19</sup> Dabei betrachtet er Subsidiarität eng verbunden mit Selbsthilfe: „Es ist notwendig, dass das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenverantwortung so weit wie möglich der Vorrang eingeräumt wird“.<sup>20</sup>

Dieses „soziale“ Moment überträgt er auf das Außenhandeln, und es wirkte sich insbesondere auf die Entwicklung einer politischen Konzeption gegenüber der unterentwickelten Dritten Welt aus. Bereits als Wirtschaftsminister unter Adenauer hatte er das Thema Entwicklungshilfe maßgeblich vorangetrieben. Dabei stimmten Adenauer und er in Bezug auf die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe nicht überein. So sah Adenauer zum einen den Primat der Außenpolitik vor Hilfen nach außen und zum anderen meinte er, dass die Bundesrepublik sich als „armes Land“ mit solchen Hilfen zurückhalten sollte. Letzterem widersprach Erhard.<sup>21</sup> Nach dem Beitritt zu IWF und Weltbank forderte Erhard als deutscher Gouverneur der Weltbank die Hinwendung der beiden Institutionen und ihren neu gegründeten Sonderorganisationen zu einer Hilfe für Entwicklungsländer. Er fühlte sich, obwohl es bis 1961 kein eigenständiges Ministerium für Entwicklungshilfe gab, für dieses Politikfeld zuständig. 1961 hatte er in dieser Funktion entwicklungspolitische Leitsätze formuliert. Sein Konzept war dabei von zwei zentralen Aspekten getragen: zum einen dem Gedanken der „Hilfe zur Selbsthilfe“, die er bereits 1960 von der Weltbank forderte; Hilfe sollte beim Menschen und der Entwicklung seiner Fähigkeiten ansetzen (heute unter dem Begriff „empower-

ment“ gefasst).<sup>22</sup> Zum anderen forderte er, dass Entwicklungshilfe zuvorderst privatwirtschaftlich organisiert sein sollte. Entwicklungshilfe zu leisten gehörte für Erhard zur internationalen Verantwortung, die er ganz bewusst als „über die nationalen Interessen hinausgreifende(n) Politik“ bezeichnete.<sup>23</sup>

Zusammenfassend zeigt sich, dass in diesen ersten CDU-geführten Kanzlerschaften ein Kernbestand an außenpolitischer, christlich-demokratischer Programmatik hervorgebracht wurde, der vor allem die Elemente des Freiheit betonenden, aber auch von Verantwortung getragenen Menschenbildes beinhaltet. Als bedeutendstes und innovativstes Element der christlich-demokratischen Außenpolitik kristallisierte sich das Konzept der europäischen Integration heraus. Dieser Kernbestand wurde, so die zweite These, Fundament für die weitere Programmentwicklung der CDU, aber auch der konkreten Außenpolitik des folgenden Kanzlers und der Kanzlerin, wenngleich mit eigenen Akzentuierungen und Umformungen. Beides wird im Folgenden verdeutlicht.

### *3. Weiterentwicklung und Akzentuierungen*

#### *3.1 Helmut Kohl*

Bevor auf die Regierungszeit Helmut Kohls eingegangen wird, sei vorausgeschickt, dass bereits unter dem seit 1973 neuen Parteivorsitzenden Kohl eine intensive Grundsatz- und Programmarbeit stattfand. Für die außenpolitische Ausrichtung sind vor allem die Mannheimer Erklärung von 1975 und das neue Grundsatzprogramm von 1978 (Ludwigshafener Programm) relevant.<sup>24</sup> Ein wichtiger Schritt fand zudem 1976 statt, als die Europäische Volkspartei (EVP) als Ort transnationaler Arbeit in Europa gegründet wurde. Der Beitrag der Unionsparteien zu den politischen

Zielvorstellungen und programmatischen Grundaussagen der EVP wird als erheblich eingeschätzt.<sup>25</sup>

Die Mannheimer Erklärung ist erwähnenswert, weil sich die CDU hierin mit den weltpolitischen Veränderungen beschäftigt und entsprechende Folgerungen daraus zieht. So wird kritisch bemerkt, dass es bis dahin auf europäischer Ebene noch nicht „zu einer gemeinsamen außen- und wirtschaftspolitischen Strategie“ gekommen sei. Postuliert wird, dass der politische Handlungsspielraum Europas wiedergewonnen werden müsse, um eine neue Weltordnung mitgestalten zu können. Voraussetzung dazu sei die politische Integration.<sup>26</sup> Die bedeutendste Weiterentwicklung fand sich freilich im Ludwigshafener Programm von 1978, in welchem Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit als die zentralen Grundwerte festgeschrieben wurden. Beachtenswert ist der deutliche Rekurs auf Subsidiarität und deren gleichzeitige Verknüpfung einerseits mit Freiheit, deren Verwirklichung der Grundlage des Prinzips der Subsidiarität bedürfe, und andererseits mit Solidarität.<sup>27</sup> Die Grundwerte, so der explizite Hinweis, seien nicht auf nationale Grenzen beschränkt, sondern „verpflichtende Grundlage für unsere Außenpolitik.“<sup>28</sup> Das Ludwigshafener Programm manifestiert, dass die in den 1950 und 1960 Jahren entwickelten Aspekte christlich-demokratischer Programmatik nicht nur zu einem Kernbestand, sondern zu einem stabilen Wertegebäude geworden waren. Für Europa wurden konkrete Forderungen in Bezug auf die Kompetenzerweiterung der Organe postuliert. Interessant ist aber vor allem, dass das Ziel eines „europäischen Bundesstaates“<sup>29</sup> formuliert und ein Bekenntnis „zum Föderalismus als Leitbild für Europa“ ausgesprochen wurden. Dies waren sehr weit gehende Ideen hinsichtlich der künftigen Gestalt der EG.<sup>30</sup>

Blickt man auf das Denkgebäude Kohls dominieren zwei Aspekte: zum einen das persönliche Kriegserlebnis und zum anderen die Sichtweise des Historikers; beides erhöhte

den Stellenwert dieser für Deutschland außergewöhnlich langen Friedensphase und einer auf Frieden ausgerichteten Politik. Bezeichnend ist in dem Zusammenhang auch die Charakterisierung der Werte orientierten Außenpolitik: „Unsere Außenpolitik dient dem Frieden. Aus unserer Geschichte haben wir gelernt: deutsche Außenpolitik darf nicht wertfrei sein. Deshalb sind Achtung und Schutz der Menschenwürde, die Herrschaft des Rechts und der Menschenrechte unsere Richtschnur. Diese Werteorientierung bestimmt unsere Außenpolitik.“<sup>31</sup>

Die Amtszeit Helmut Kohls und die außenpolitischen Leitideen und Handlungsmuster werden gemeinhin in die beiden Zeitabschnitte vor und nach der Wiedervereinigung differenziert. Betrachtet man die programmatische Entwicklung, so lässt sich im Großen und Ganzen eine Kontinuität des Kernbestands konstatieren. Kohl stellte sich außenpolitisch in eine Traditionslinie mit Konrad Adenauer. In der Gewichtung der Trias Freiheit, Frieden und Einheit lässt sich gleichwohl eine deutlichere Betonung von Außenpolitik als „Friedenspolitik“ erkennen, freilich ohne dass die beiden anderen Elemente in ihrer generellen Bedeutung reduziert worden wären. Kohl gab der Europapolitik nicht nur konkret-politisch, sondern auch programmatisch neue Impulse. Das europapolitische Erbe Adenauers verstand Kohl als Aufgabe, die Integration weiter voranzutreiben und er steuerte zielstrebig auf eine weitere Vertiefung der EG hin, vor allem im Bereich einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Das erklärte Ziel war eine Politische Union: „Die CDU will die Vereinigten Staaten von Europa. Auf dem Weg dorthin bleibt der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union die entscheidende Zukunftsaufgabe. Die Europäische Union muß eine Politische Union, eine Sicherheitsunion und eine Wirtschafts- und Währungsunion umfassen.“<sup>32</sup>

Auch nach der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges bleibt der Friedensgedanke und die Einordnung

Europas als Friedensordnung dominant. Fast in identischem Wortlaut werden die bis dahin formulierten Ziele im Dresdner Manifest aufgenommen. Erneut betont wird das Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa als europäischer Bundesstaat.“ Der Friedensaspekt wird auffallend betont. Einer der ersten Sätze des Abschnittes zur Außenpolitik widmet sich der „dauerhafte[n] europäische[n] Friedensordnung“ (dieser Begriff taucht zudem mehrfach auf).<sup>33</sup> Wie bereits in dem Beschluss des Wiesbadener Parteitags von 1988 setzt sich Kohl auch nach 1989 eindeutig für eine Aufnahme der neuen Demokratien in der EG ein.<sup>34</sup> Geprägt von der Regierungskonferenz zur Europäischen Union findet das Subsidiaritätsprinzip Eingang, und es wird nun auch die Entwicklung einer Rechts- und Innenpolitik gefordert.<sup>35</sup> Insgesamt ist erkennbar, dass es nach 1989 nicht nur keine Kursänderung gab, sondern dass auch programmatisch an dem Kernbestand außenpolitischer Leitlinien festgehalten wurde, wobei eindeutig der Stellenwert Europas als Friedensordnung bestätigt bzw. gar bestärkt wurde. Sehr viel detaillierter geht dann 1994 das neue Grundsatzprogramm auf die neuen außenpolitischen Parameter ein. Interessant ist hier ein veränderter sprachlicher Duktus; während in den vorherigen Dokument immer von „Deutschlands Verantwortung in der Welt“ die Rede war, wird hier von „Rechte[n] und Pflichten“ gesprochen, und es heißt nun: „Dabei müssen wir, ausgehend von unseren Grundwerten, die Außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands benennen und sie in Abstimmung mit unseren Partnern und Nachbarn verfolgen.“ Die Aufzählung der Interessen (europäische Einigung, transatlantische Zusammenarbeit, friedliche Entwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, nachhaltige Entwicklungspolitik) unterscheidet sich jedoch nicht von den vorherigen Zielen.<sup>36</sup>

Für die erste Phase der Regierungszeit Kohl (bis 1989) besteht weitgehend Konsens darüber, dass die kooperativ-multilaterale Politik bis zur Wiedervereinigung erfolgreich

war. Sie bedingte zwar, gemessen an machtpolitischen Kategorien, ein niedriges außenpolitisches Profil, konnte aber ihre grundlegenden Ziele und Interessen bestens verwirklichen; die außenpolitische Handlungsfreiheit war weitgehend gegeben, der Wohlstand beachtlich und zudem hatte Deutschland sein Ansehen nicht nur hergestellt, sondern war zu einem geachteten Partner geworden.<sup>37</sup> Die Regierung Kohl/Genscher trat 1982 mit dem Ziel an, die Euroskerose zu beenden und die europäische Integration voranzutreiben. Tatsächlich kam unter anderem durch das Genscher-Colombo-Papier, das die Überlegungen zur Einheitlichen Europäischen Akte anregte, und das Bekenntnis Kohls in Fontainebleau zur Süderweiterung neuer Schwung sowohl in den Vertiefungs- als auch in Erweiterungsprozess.

In Bezug auf die zweite Phase – nach der Wiedervereinigung – gab es zwei Prognosen: Realpolitische Interpretationsansätze gingen davon aus, dass das wiedervereinigte, souveräne Deutschland und der damit verbundene Machtzuwachs stärkere Macht- und Autonomiebestrebungen zeitigen würde, während institutionalistische bzw. konstruktivistische Ansätze eine dramatische Wende deutscher Außenpolitik für wenig wahrscheinlich hielten und davon ausgingen, dass Deutschland an den bisherigen Leitlinien festhalten und den kooperativ-multilateralen Stil weiterführen werde.<sup>38</sup> Untersuchungen zeigen, dass dies im Großen und Ganzen tatsächlich der Fall war, wenngleich es neue Akzentuierungen gab: so etwa die zunehmend statusbewusste Außenpolitik, die sich etwa im Bestreben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat manifestierte. Ebenso unterstrich die Forderung Deutschlands nach einer anderen Stimmengewichtung im Kontext der EU-Vertragsrevisionen (Stichwort Amsterdamer Gipfel) die gewachsene deutsche Machtposition. Andererseits blieb Kohl Verfechter der Supranationalität und befürwortete weitere Vergemeinschaftung. Von realpolitischen Vertretern wurden der man-

gelnde machtpolitische Antrieb und der „Unwille zur kraftvollen Wahrnehmung eigener außenpolitischer Interessen“ Kohls vor und nach 1989 kritisiert.

„Idealistische Rhetorik der Bundesregierung und innenpolitische Passivität in Fragen der Außenpolitik trafen sich in der gemeinsamen Abneigung gegenüber allen machtpolitischen oder militärischen Interessen. Auch das neue Deutschland zeigte sich als altes Kind der Bundesrepublik, als Hort zivilisatorischen Fortschritts, wo Krieg und militärische Mittel als anachronistische Instrumente aus einer Welt von gestern betrachtet wurden.“<sup>39</sup>

Tatsächlich machte Kohl nach der Wiedervereinigung klar, dass er die außenpolitischen Grundlinien – und damit auch seine vor 1989 betriebene Politik – fortsetzen würde. Diese Politik priorisierte außenpolitische Schritte, die von Ausgleich und Zurückhaltung geprägt waren, was aber – und hier ist den oben genannten Kritikern an dieser Linie zu widersprechen – nicht gleichzusetzen ist mit einer Vernachlässigung der Vertretung deutscher Interessen. Allerdings verschließt sich Kohl tatsächlich Handlungsansätzen, die unter den Partnern in Europa und in der Allianz als der gewachsenen Größe geschuldeten Muskelspiele hätten interpretiert werden können. So spricht Kohl in seiner Regierungserklärung kurz nach der Wiedervereinigung davon, dass Deutschland nicht nur mehr Handlungsfreiheit, sondern auch mehr Verantwortung zukommt, betont aber zugleich, dass damit keine nationalen Alleingänge oder gar Machtambitionen gemeint sind. Zudem verbindet er diese Aussage mit den Zielen einer dauerhaften Friedensordnung für Europa und einer Weltfriedensordnung auf der Grundlage von Menschenrechten und Selbstbestimmungsrecht – womit deutlich wird, dass die Friedenskomponente auch nach 1989 eine Kontinuität behielt.<sup>40</sup>

In Bezug auf die europäische Einigung sah sich Kohl – wie angedeutet – in der Tradition Adenauers und folgte nach der Wiedervereinigung dessen Handlungsmuster der

Einbindung. Kohl wollte das größere Deutschland schnell in die EU integriert wissen und den europäischen Partnern damit die Furcht vor neuen deutschen Sonderwegen nehmen. Für Kohl verkörperte Europa – ähnlich wie für Adenauer – einen Weg, sowohl die Deutschen selbst als auch ihre Nachbarn vor übersteigertem nationalem Denken zu bewahren. Des Weiteren stellte die europäische Einigung für ihn eine Frage von Krieg und Frieden dar, wie er oft betonte. Ebenso hatte Europa für Kohl eine werteorientierte Dimension, bei der die Schaffung einer europäischen Identität, die auf einer Wertegemeinschaft beruhen sollte, eine zentrale Rolle spielte. Wie für Adenauer bestand auch für ihn die Grundlage der europäischen Einigung in dem gemeinsamen kulturellen und geistigen Erbe Europas.

Abschließend ist auf den Einfluss Genschers einzugehen. Er hatte bereits in der sozialliberalen Koalition das Amt des Außenministers inne und stand daher für eine Kontinuität bestimmter außenpolitischer Handlungsmuster. Zugleich gab es einen Gleichklang in den außenpolitischen Grundlinien zwischen Kanzler und Außenminister. Anders stellte sich dies nach dem Wechsel von Genscher zu Kinkel 1992 dar: Obgleich Kinkel den Platz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat anstrebte, blieben Konzepte und Umsetzung eines stärkeren globalen Engagements eher blass. „Der Koalitionspartner FDP unterminierte in entscheidenden Fragen die neue Dimension weltweiter Verantwortung deutscher Außenpolitik“, so Hacke.<sup>41</sup> Auch der Gleichklang mit Kohl war nicht im selben Maße wie bei Genscher gegeben. Diese letzte Phase der Regierung Kohl belegt daher, dass die Umsetzung des außenpolitischen Programms durchaus von dem Koalitionspartner dysfunktional beeinflusst werden und damit in letzter Konsequenz auch die Konsistenz bestimmter christlich-demokratischer Grundzüge beeinträchtigt werden kann.

Zusammenfassend kann man sagen, dass unabhängig von der Bewertung einzelner außenpolitischer Handlungen, die

hier nicht zu leisten ist, klare, auf den christlich-demokratischen Werten fußende außenpolitische Leitideen während der Regierung Kohl zu identifizieren sind – und zwar sowohl in der Weiterentwicklung der außenpolitischen Programmatik als auch auf der konkreten politischen Handlungsebene. In Bezug auf christlich-demokratische Elemente der Außenpolitik nahm Kohl eine Art Revitalisierung vor – insbesondere auf dem Feld der Europapolitik. Zugleich prononcierte er den herausgearbeiteten christlich-demokratischen Kernbestand hinsichtlich auf die Aspekte Subsidiarität und Solidarität stärker, was dann auch konkrete Anwendung fand, etwa bei der Entwicklung der Europäischen Union (siehe Subsidiaritätsklausel im Vertrag von Maastricht). Das europapolitische Erbe Adenauers verstand Kohl als Aufgabe, die Integration weiter voranzutreiben. Die CDU betrachtete er als die „klassische Europa-Partei“ und darin sah er auch eine Verpflichtung.<sup>42</sup> Insgesamt lag Kohls Akzent sowohl europapolitisch als auch in der Weltpolitik auf einer stärkeren Betonung von Friedenspolitik und auf einem – wie gezeigt auch kritisierten – Festhalten an europäischen und multilateralen Kooperationsmustern.

### *3.2 Angela Merkel*

Bei der Regierungszeit von Angela Merkel sind drei Besonderheiten zu bemerken. Zum einen folgt ihre Kanzlerschaft auf eine Phase deutscher Außenpolitik zwischen 1998 und 2005, in der die Parameter für internationales Engagement signifikant verändert wurden. Unter der Regierung Schröder/Fischer hatte sich Deutschland erstmals an out-of-area Militäreinsätzen beteiligt und eine „Normalisierung“ deutscher Außenpolitik angestrebt. Das setzte sich um in deutliche, realpolitische Akzente. Zum Zweiten hatte im Gefolge des 11. September die Nach-Kalte-Kriegsordnung eine neue Frontbildung – nämlich gegen internationalen Terrorismus – erfahren. Das heißt, mit Amtsantritt fand die

Kanzlerin gründlich veränderte internationale Rahmenbedingungen vor. Zum Dritten muss bei der Betrachtung ihrer Kanzlerschaft in die Periode der Großen Koalition und die der Kleinen Koalition differenziert und gefragt werden, inwieweit sich diese unterschiedlichen Konstellationen auf die Prägung der außenpolitischen Leitideen und Handlungen auswirkte.

Ausgehend von dem persönlichen Hintergrund und dem Denkgebäude Merkels ist sicherlich der bemerkenswerteste und wahrscheinlich einflussreichste Aspekt ihre Erfahrung in einer kommunistischen Diktatur. Daraus leiten sich zwei Komponenten in ihrem außenpolitischen Denken ab: die Freiheitskomponente, die in ihren Konzepten einen prominenten Rang einnimmt sowie das Eintreten für und Verteidigen von Menschenrechten. Freiheit und Demokratie sind zugleich – sehr ähnlich gedacht wie von Adenauer – die Grundlagen für das europäische Einigungswerk. So lautet die Antwort Merkels auf die Frage, was Europa im Innersten zusammenhält und seine Vielfalt ermöglicht: Freiheit und Toleranz.<sup>43</sup>

Betrachtet man die programmatiche Entwicklung der 2000er Jahre, ist abzulesen, dass neben dem expliziten Rekurs auf Werte gleichzeitig eine Betonung von Interessen hervor trat. In dem Grundsatzpapier der Wertekommission „Globalisierung – Herausforderung an die politische Handlungsfähigkeit“ von 2004 wird sehr viel stärker als zuvor auf die realpolitischen Machtstrukturen und die kooperative Machtausübung der EU zusammen mit den USA und Kanada verwiesen – auch wenn gleichzeitig konstatiert wird, dass Globalisierung die Ausbreitung international gültiger Normen sei.<sup>44</sup> Auch in dem neuen Grundsatzprogramm von 2007 wird die internationale Rolle der Außenpolitik als Interessen geleitet beschrieben („Erfolgreiche Außenpolitik muss den nationalen Interessen unseres Landes folgen“).<sup>45</sup> Zugleich liest sich der Abschnitt zu Europa eher sachlich. Auffallend ist das explizite Unterstreichen

der nationalstaatlichen Ebene innerhalb des europäischen Gebildes.<sup>46</sup>

Die Reden und auch die Handlungen der Kanzlerin deuten insgesamt auf eine sehr eigene Akzentuierung hin: Ihre Bezüge zur Werte geleiteten Außenpolitik – insbesondere unter dem Stichwort Freiheit und Menschenrechte – sind zahlreich. Dennoch räumt sie den nationalen Interessen Deutschlands – und dies auch im europäischen Rahmen – durchaus Raum ein. Sie stellt fest, dass Außenpolitik Interessen geleitet ist, dass jedoch die Grundwerte diese nationalen Interessen beschränken. Damit ist eine klare Aussage getroffen. Es dürfe keinen Unterschied geben, so Merkel, zwischen Interessen und Werten. „Interessen geleitete Außenpolitik muss Werte geleitet sein ...“<sup>47</sup> Nun ist es sicherlich keine völlige Innovation, beides – Interessen und Werte – als Elemente der Außenpolitik zu postulieren. Allerdings besteht eine Neujustierung darin, dass sich diese Wertorientierung bei Merkel nicht nur rhetorisch, sondern auch in der Umsetzung manifestiert. Während Kanzler Schröder sich deutlich auf die Interessenvertretung – und am Ende der Amtszeit zunehmend auf die wirtschaftlichen Interessen – konzentrierte, verfolgte Merkel eine Linie, bei der beides zu seinem Recht kommt. Wirtschaftsfragen und Menschenrechte sollen nach ihrer Überzeugung keine Gegensätze sein.<sup>48</sup> So auch in ihrer ersten Regierungserklärung: „Deutsche Außen- und Europa- politik gründet sich auf Werte und sie ist Interessenpolitik. Eine Politik in deutschem Interesse setzt auf Bündnisse und Kooperationen mit unseren Partnern.“<sup>49</sup>

Die besagte Neujustierung in der Merkel'schen Außenpolitik besteht vor allem auf der konkreten Handlungsebene, die das Eintreten für Menschenrechte nicht nur als rhetorische Übung betrachtet. Sie setzte vielfach Signale; etwa bei Besuchen in Russland und China, wenn sie darauf bestand, sich auch mit Bürgerrechts- oder oppositionellen Gruppen zu treffen. Des Weiteren sind das Empfangen des Dalai Lama im September 2007 oder auch die klaren Worte

gegenüber dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush zu Guantánamo zu nennen.<sup>50</sup> Merkel korrigierte in mehreren Bereichen die Gangart ihres Vorgängers: Sie ersetzte bilaterales Vorgehen (Stichwort: Achse Berlin-Moskau) durch die Rückkehr zum multilateralen Prinzip; sie ersetzte die Orientierung an den „großen Partnern“ in der EU durch die Rückkehr in die Rolle des Vermittlers und den unter Kohl praktizierten Ausgleich zwischen großen und kleinen Ländern; sie reparierte die deutsch-amerikanischen Beziehungen, ohne sich gleichzeitig anzubiedern. Es fand ein „Wandel von imperialer Arroganz zu offensivem Charme“<sup>51</sup>, ein Wandel von pathetischer Symbolik hin zu nüchterner Sach- und Lösungsorientierung statt.

Merkels Haltung in Bezug auf Menschenrechte rief massive Kritik des Koalitionspartners SPD – insbesondere des Außenministers Steinmeier, Kanzleramtsminister der Regierung Schröder – hervor. Diese Kritik erzeugte zwar entsprechende Spannungen zwischen Kanzlerin und Außenminister sowie koalitionsinterne Auseinandersetzungen, dennoch änderte die Kanzlerin ihre Linie nicht. Das heißt: Trotz des vermeintlich größeren Einflusses des Koalitionspartners in einer Großen Koalition lässt sich hier keine Kursänderung durch die Kanzlerin feststellen. So kritisch die SPD – insbesondere in Bezug auf die wertegebundene Realpolitik gegenüber China – reagierte, so erstaunt positiv war die Resonanz in der Presse. Es wurde gemeinhin festgehalten, dass kein Kanzler vor Merkel so deutlich für Menschenrechte eingetreten war und gleichzeitig doch am Ende auch deutsche Interessen durchzusetzen verstand.

„Man sollte diese moralgeleitete Außenpolitik nicht als weltfremd oder schädlich abtun. Politisch trägt sie dazu bei, dass Deutschland in der Welt wieder als glaubwürdiger Vermittler ernst genommen wird. Und der Wirtschaft werden Merkels offene Worte nicht schaden. Denn China stellt – wie auch Russland – wirtschaftliche Interessen über politische Empfindlichkeiten.“<sup>52</sup>

Als überraschend wird in der Presse erachtet, dass das Leitmotiv der Außenpolitik Merkels Menschenrechte sei, während eigentlich Rot-Grün damit angetreten sei. Und als ebenso überraschend wird es bewertet, dass Merkel sich zugleich als „umsichtige Verteidigerin deutscher Interessen“ profiliert.<sup>53</sup> Begriffe wie „Methode Merkel“ (Petra Pinzler), „Merkelismus“ (Brigitte Fehrle), „Merkels Mantra“ (Georg Watzlawek) signalisieren, dass in der ersten Regierung Merkel tatsächlich eine neue Methode der Verklammerung von Werten und Interessen geleiteter Außenpolitik eingeleitet wurde, ein Stil der „neue[n] deutsche[n] Geschmeidigkeit“ (Mariam Lau), der Prinzipientreue und nüchterne Realpolitik tatsächlich, auch im konkreten politischen Handeln, nicht ausschließt.

Wie sieht dies nun für die zweite Amtsperiode in der Kleinen Koalition aus? Hier spielten zwei Faktoren eine Rolle: zum einen die Verschuldungskrise in Griechenland und anderen EU-Mitgliedsstaaten, die sich zu einer der schwersten Krisen der EG/EU überhaupt auswuchs sowie der Wechsel des Koalitionspartners. Nach einer eher unpathetischen und wenig supranational ausgerichteten Europapolitik der ersten Amtsperiode entwickelte sich durch die Krise die Rhetorik der Kanzlerin weg von dem Ansatz einer eher nüchtern aufgefassten Interessengemeinschaft in Richtung einer Schicksalsgemeinschaft; so wurde ein häufig gebrauchtes Wort: „Der Euro ist unsere Zukunft.“ In Zuge des intensiven Krisenmanagements wurde zudem eine „neue deutsche Hegemonie“ erkennbar, und die Ankündigung der Kanzlerin, künftig verstärkt der intergouvernementalen „Unions-Methode“ statt der Gemeinschaftsmethode zu folgen, löste Sorgen bei den Partnern aus.<sup>54</sup>

Nicht nur auf europäischer Ebene, auch im internationalen Umfeld zeigt sich ein zunehmendes Selbstbewusstsein, eigene Lösungen anzustreben oder etwa nationale Interessen vor die Bündnistreue zu stellen. Die von mehreren Seiten – auch von Altkanzler Kohl – kritisierte fehlende Be-

rechenbarkeit deutscher Außenpolitik<sup>55</sup> wird von solchen Stimmen entkräftet, die im Sinne klassischer Großmacht-politik mitnichten negativ verbuchen, dass „die heutigen Deutschen mittlerweile genauso ‚unberechenbar‘ geworden sind wie die Franzosen, Briten oder US-Amerikaner“: Sie machen eben das, was sie (und nicht ihre Verbündeten) im „nationalen Interesse“ für richtig halten.<sup>56</sup> Insgesamt kann man feststellen, dass in der zweiten Regierung Merkel sowohl die Zwänge des externen Umfelds als auch der Koalitionspartner an Einfluss auf die konkrete außenpolitische Handlungsebene gewonnen haben. Der Einfluss des Außenministers Westerwelle erklärt sich dabei paradoxe-weise weniger aus einer stärkeren Position des Koalitionspartners (wie etwa bei einer Großen Koalition), sondern eher durch die schwache Performanz und ein begrenztes internationales Ansehen. Gerade durch die Enthaltung Deutschlands bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über den Libyen-Einsatz hat „die Glaubwürdigkeit der ‚wertebasierten‘ deutschen Außenpolitik, für die sich gerade Westerwelle so stark gemacht hatte“, gelitten.<sup>57</sup> Nach fast zwei Regierungsperioden Merkel wird deutlich, dass der außenpolitische Kernbestand weiterhin gültig ist, aber vor allem in Bezug auf die Methode bei der Umsetzung Veränderungen erfahren hat. Auf europäischer Ebene haben die Krisenbewältigungen zudem dazu geführt, dass Deutschland eine Führungsrolle zugekommen ist, die besorgt als Hegemonie-streben beobachtet wird; andererseits wird ebenso besorgt auf Alleingänge wie in der Libyen-Abstimmung geblickt. Das Selbstbewusstsein für Alleingänge betrifft freilich auch die Frage der Menschenrechte (siehe Dalai Lama). Insofern trifft als Attribut für die Neujustierung möglicherweise am Besten: „emanzipierte Außenpolitik“.

#### *4. Conclusio*

Die Analyse hat gezeigt, dass ein christlich-demokratischer Kernbestand bei der Formulierung außenpolitischer Ziele und deren Umsetzung identifiziert werden kann, dessen wesentliche Elemente die an der Freiheit und Würde des Einzelnen sowie eine an subsidiären und solidarischen Denken orientierte Haltung darstellt. Freiheit wird dabei von Anfang an als an Verantwortung rückgebunden verstanden. Für die Außenpolitik der jungen Bundesrepublik konstituierte sich ein Verständnis von kooperativem, multilateralem Handeln, dessen Grundzüge in der Verankerung der westlichen Wertegemeinschaft lagen. Zentrales Merkmal christlich-demokratisch geprägten Denkens war das Ziel eines supranationalen Europas, bei dem es um die Eindämmung von nationalistischen Sonderwegen sowie um die Garantie eben jener Freiheit, aber auch um Friedenssicherung ging. Innerhalb dieser Trias konnten unterschiedliche Akzentuierungen festgestellt werden: So betonte Adenauer stärker die Freiheitskomponente, ähnlich Merkel, während Kohl Europapolitik eher als Friedenspolitik begriff. Bemerkbar ist auch eine Abschwächung des supranationalen Impetus unter Merkel, was sich allerdings auf Grund der Verschuldungskrise zu verändern scheint.

Des Weiteren konnte bei allen untersuchten Kanzlerschaften herausgearbeitet werden, dass das persönliche Denkgebäude eine entscheidende Rolle spielt für die Akzentuierung innerhalb des christlich-demokratischen Wertekanons und damit auch für dessen Weiterentwicklung auf dem außenpolitischen Feld. Einen Einflussfaktor stellt ebenso das internationale Umfeld dar, wobei dies weniger für die Modifizierung des Wertefundaments und auch weniger für die Methode des traditionell kooperativen und multilateralen Ansatzes gilt. Schließlich wurde punktuell auch der Einfluss des Koalitionspartners geprüft, und das überraschendste Ergebnis dürfte diesbezüglich sein, dass gerade

in der Großen Koalition unter Merkel besonders fest an dem Prinzip der Menschenrechtsorientierung festgehalten wurde – auch gegen den Widerstand der SPD.

Der vorliegende Beitrag hatte nicht das Ziel, die Außenpolitiken der betrachteten Kanzler bzw. Kanzlerin zu untersuchen; von daher muss auf detailliertere Bewertungen verzichtet werden. Im Hinblick auf die Leitfrage, inwieweit Verantwortung oder Interessen verfolgt wurden, kann man sagen, dass christlich-demokratische Außenpolitik von beidem geprägt war, dass allerdings – wenn auch in unterschiedlichem Maße – diese Interessen gekoppelt waren an verantwortungsgeleitete Außenpolitik. Die Unterschiede in der Betonung von Verantwortung oder Interessen und auch in der konkreten Umsetzung liegen – das suggeriert zumindest diese explorative Analyse – stärker in dem persönlichem Denkgebäude begründet denn in unterschiedlichen Konstellationen des internationalen Umfelds. So ist bei Helmut Kohl zu sehen, dass er auch nach der fundamentalen Veränderung nach dem Ende des Kalten Krieges kaum die Kernelemente seines außenpolitischen Konzepts veränderte. Angela Merkel hat der ewigen Debatte um Werte versus Interessen geleiteter Außenpolitik den Stachel genommen, indem sie diesen Gegensatz negierte. Ihr außenpolitisches Handeln in der ersten Regierung belegt eine sehr stringente Umsetzung dieses Konzeptes. Hier wurden – auch und trotz Großer Koalition – christlich-demokratische Leitlinien eher geschärft denn verwässert.

### *Anmerkungen*

\* Das Manuskript wurde im Sommer 2012 abgeschlossen und berücksichtigt politische Entwicklungen und Publikationen nur bis zu diesem Zeitpunkt.

<sup>1</sup> Vgl. Gunther Hellmann/Reinhard Wolf/Siegmar Schmidt: Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive, in: Dies.: (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden 2007, S. 15–49, hier S. 43.

<sup>2</sup> Vgl. Jana Puglierin: Zwischen realistischen Interessen und mora-

lischen Anspruch. Eine theoriegeleitete Analyse der deutschen Außenpolitik seit 1989/90 (Studien zur Internationalen Politik, Helmut Schmidt Universität Hamburg, Heft 1). Hamburg 2004, S. 67.

<sup>3</sup> Siehe dazu ausführlich die Arbeiten von Hans-Peter Schwarz, insbesondere: *Vom Reich zur Republik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*. Neuwied 1966; Ders.: *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*. Stuttgart 1986, dort vor allem S. 617ff.; Ders.: *Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers*, in: Klaus Gotto/Hans Maier/Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hg.): *Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963*. Mainz 1975, S. 97–156. Ebenso Anselm Doering-Manteuffel: *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer*. Darmstadt 1983, hier insbes. S. 36–124; Waldemar Besson: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*. München 1970.

<sup>4</sup> Vgl. Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 518.

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 495.

<sup>6</sup> Vgl. Doering-Manteuffel: *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer*, S. 31.

<sup>7</sup> Vgl. Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 496.

<sup>8</sup> Vgl. Werner Weidenfeld: *Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers*. Bonn 1976, S. 99.

<sup>9</sup> Vgl. Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 491.

<sup>10</sup> Weidenfeld: *Konrad Adenauer und Europa*, S. 87.

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 75 sowie 78ff.

<sup>12</sup> So Schwarz: *Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers*, S. 152.

<sup>13</sup> Vgl. Doering-Manteuffel: *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer*, S. 30–35. Vgl. auch Weidenfeld: *Konrad Adenauer und Europa*.

<sup>14</sup> Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 518.

<sup>15</sup> Weidenfeld: *Konrad Adenauer und Europa*, S. 134.

<sup>16</sup> Ebd., S. 42.

<sup>17</sup> Christian Hacke: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer bis Schröder*. Frankfurt/Main u. a. 2003, S. 91.

<sup>18</sup> So unter anderem auf dem Landesparteitag der CDU Rheinland-Pfalz am 22. April 1950, vgl. Weidenfeld: *Konrad Adenauer und Europa*, S. 58.

<sup>19</sup> Diesen Gedanken plazierte er interessanterweise sehr prominent in seiner ersten Regierungserklärung als Kanzler 1963, vgl. Klaus Stüwe: *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder*. Opladen 2002, S. 95–120, hier S. 100.

<sup>20</sup> So Ludwig Erhard, vgl. Karl Homann: *Ludwig Erhard. Eine Biographie (1897–1977)*. Hg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. Düsseldorf 1997.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> So Erhard 1963, vgl. Stüwe: *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder*, S. 107.

<sup>23</sup> So Erhard 1963, ebd.

<sup>24</sup> Siehe dazu auch Günter Buchstab: *Zur Geschichte der CDU-Programme: Politik an Werten orientieren*, in: *Die Politische Meinung* 437 (April 2006), S. 14–18.

<sup>25</sup> Hans-Otto Kleinmann: 1969–1982, in: Winfried Becker/Günter Buchstab/Anselm Doering-Manteuffel/Rudolf Morsey (Hg.): *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*. Paderborn u. a. 2002, S. 78–86, hier S. 83.

<sup>26</sup> Mannheimer Erklärung, 23.–25. Juni 1975, Punkt 1.4 Europäische und internationale Zusammenarbeit ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/programme/1975\\_Mannheimer-Erclaerung-Unsere-Politik-fuer-Deutschland.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1975_Mannheimer-Erclaerung-Unsere-Politik-fuer-Deutschland.pdf), Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>27</sup> Vgl. Ludwigshafener Programm, Punkte 17 und 24 ([http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/1978\\_Ludwigshafen\\_Grundsatzprogramm-Freiheit-Solidaritaet-Ger.pdf](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/1978_Ludwigshafen_Grundsatzprogramm-Freiheit-Solidaritaet-Ger.pdf), Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>28</sup> Ebd., Punkt 32.

<sup>29</sup> Ebd., Punkt 138.

<sup>30</sup> In der Dissertation von Henrik Meyer: *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl*. Berlin 2004, wird ein Gegensatz aufgebaut zwischen diesen Formulierungen des Grundsatzprogramms und dem Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“, den Helmut Kohl ebenfalls benutzte. Meyer meint, dass diese Formel das Fortbestehen der einzelnen Staaten impliziere und somit Elemente eines konföderativen Europas. Das lässt sich gleichwohl nicht nachvollziehen, da die Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika eher ein Rekurs auf eine föderative Struktur darstellt und Kohl diese Formel zudem im Kontext einer „Politischen Union Europas“ gebrauchte, die für ihn mit einer substanziellem Vertiefung verbunden war.

<sup>31</sup> Helmut Kohl: Regierungserklärung 1987, vgl. Stüwe: Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder, S. 331.

<sup>32</sup> Beschlüsse des Wiesbadener Bundesparteitags „Unsere Verantwortung in der Welt“, S. 485–511, hier Punkt 33, S. 497. Ähnlich auch Punkt 8, S. 487: „Die CDU sieht es seit Konrad Adenauer als ihre historische Aufgabe an, die Europäische Gemeinschaft zu einer Europäischen Union auszubauen.“ ([http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle\\_Bundesparteitage/1988-06-13-15\\_Prokoll\\_36.Bundesparteitag\\_Wiesbaden.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Protokolle_Bundesparteitage/1988-06-13-15_Prokoll_36.Bundesparteitag_Wiesbaden.pdf), Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>33</sup> Dresdner Manifest, 14.–17. Dezember 1991, vgl. besonders „I. Deutschlands Verantwortung in der Welt wahrnehmen“, Punkt 1 und 2, S. 330 ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatik\\_der\\_cdu/programme/1991\\_Dresdner-Manifest-Die-Zukunft-gemeinsam-gestalten.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatik_der_cdu/programme/1991_Dresdner-Manifest-Die-Zukunft-gemeinsam-gestalten.pdf), Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>34</sup> Wortlaut des Wiesbadener Beschlusses Mitgliedschaft „Mittel, Ost- und Südosteuropas“. Vgl. Wiesbadener Beschluss und Dresdner Manifest.

<sup>35</sup> Vgl. Dresdner Manifest, Punkt 2, Seite 331.

<sup>36</sup> Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“, 21.–23. Februar 1994, Hamburg, Punkt 199 und 120, S. 60f. (<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/grundsatzprogramm.pdf>, Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>37</sup> Vgl. Hellmann/Wolf/Schmidt: Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive, S. 33.

<sup>38</sup> Vgl. dazu ebd., S. 33ff. sowie Puglierin: Zwischen realistischen Interessen und moralischem Anspruch. Vgl. dazu auch die entsprechenden Beiträge in Monika Medick-Krakau (Hg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive. Die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1999.

<sup>39</sup> Hacke: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 389.

<sup>40</sup> Vgl. Helmut Kohl: Regierungserklärung vom 31. Januar 1991, in: Stüwe: Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder, S. 314–369, hier S. 343.

<sup>41</sup> Hacke: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 419.

<sup>42</sup> Meyer: Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl, S. 86.

<sup>43</sup> Angela Merkel: Rede im Europäischen Parlament in Straßburg, 17. Januar 2007 (<http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Ar->

chiv16/Rede/2007/01/2007-01-17-bkin-rede-ep.html?nn=273438, Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>44</sup> Globalisierung – Herausforderung an die politische Handlungsfähigkeit. Positionspapier der Wertekommission, 13. Juli 2004 ([http://www.cdu.de/doc/pdf/07\\_13\\_04\\_Wertekommission\\_Globalisierung.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdf/07_13_04_Wertekommission_Globalisierung.pdf), Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>45</sup> Ebd., Punkt 346.

<sup>46</sup> Grundsatzprogramm Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland, Hannover 7. Dezember 2007 (<http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/080215-grundsatzprogramm-kurz.pdf>, Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>47</sup> Angela Merkel: „Die Grundwerte sind die Begrenzung unserer außenpolitischen Interessen“, Rede beim Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. September 2008 in Berlin (<http://www.kas.de/wf/de/33.14647/>, Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>48</sup> Angela Merkel: Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg, 15. April 2008 (<http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/04/2008-04-15-merkel-strassburg.html?nn=273438>, Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>49</sup> Angela Merkel: Regierungserklärung, 30. November 2005 (<http://archiv.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Regierungserklärung/2005/11/2005-11-30-regierungserklärung-von-bundeskanzlerin-angela-merkel.html?nn=273396>, Abruf 19. Juni 2012).

<sup>50</sup> Merkel im Spiegel-Interview am 7. Januar 2006 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,393925,00.html>, Abruf: 19. Juni 2012). Siehe auch in der Regierungserklärung vom 30. November 2005: „Aber zum Selbstverständnis dieser Wertegemeinschaft und zum Selbstverständnis, das wir von uns und anderen Menschen haben, zählt auch, dass wir bei Menschenrechtsverletzungen nicht schweigen, gegenüber niemandem auf der Welt, und seien es noch so hoffnungsvolle Handelspartner und noch so wichtige Staaten für Stabilität und Sicherheit.“

<sup>51</sup> Christian Hacke: Deutsche Außenpolitik unter Angela Merkel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43 (2006), 23. Oktober 2006 (<http://www.bpb.de/apuz/29462/deutsche-aussenpolitik-unter-bundeskanzlerin-angela-merkel>, Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>52</sup> Georg Watzlawek: Merkels Mantra, in: Handelsblatt, 24. September 2007.

<sup>53</sup> Ulrich Schmid: Merkels aussenpolitischer Husarenritt, in: NZZ, 30. März 2010.

<sup>54</sup> Daniela Schwarzer: Keine Verschnaufpause in Sicht. Regieren und Koordinieren in der Eurozone, in: Annegret Bendiek/Barbara Lippert/Dies. (Hg.): Entwicklungsperspektiven für die EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik (SWP-Studie S 18). Berlin, Juli 2011, S. 29–40, hier S. 32 ([http://www.swp-berlin.org/file-admin/contents/products/studien/2011\\_S18\\_bdk\\_lpt\\_swd\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/file-admin/contents/products/studien/2011_S18_bdk_lpt_swd_ks.pdf), Abruf: 19. Juni 2012).

<sup>55</sup> Interview Helmut Kohl, in: Internationale Politik September/Oktober 2011.

<sup>56</sup> Gunther Hellmann: Berlins Große Politik im Fall Libyen, in: WeltTrends 80 (September/Oktober 2011), S. 19–22, hier S. 22.

<sup>57</sup> Berthold Kohler: Gebrannte Kinder, in: FAZ, 19. März 2011.